



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Gi. a

P/VIII/121

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

27. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Schwindendes Vertrauen zur EVG	S. 1
McCarthy und die Folgen	S. 3
Schäffers Schlag gegen die Länder	S. 5
Empörung auf dem Höhepunkt (Zur Lage in der Sowjetzone)	S. 6

Draußen ist man schon weiter

(sp) Auf der angekündigten Dreier-Konferenz der Westmächte auf den Bermudas wird vermutlich auch das Ob und Wie eines westdeutschen Beitrages für die Verteidigung der westlichen Welt erneut mit zur Beratung stehen. Sollten sich die Westmächte bei den Bemühungen um die Berücksichtigung der deutschen Interessen nur an der Haltung der Bundesregierung orientieren wollen, wäre das für die Bundesrepublik und noch mehr für ganz Deutschland nicht gut. Die Bundesregierung hat nun einmal mit ihrem sturen Beharren auf den Westverträgen dokumentiert, daß ihre erste Forderung die ist, den größeren, aber eben nur einen Teil Deutschlands unter ein abgewandeltes Besatzungsrecht mit allen seinen Möglichkeiten, mit seinen Menschen und Gütern, seiner Wehr- und Arbeitskraft, einer Allianz zur Verfügung zu stellen, in der dieser Teil Deutschlands von jedem Mitentscheidungsrecht in wesentlichen Fragen ausgeschlossen ist.

Diese Haltung ist aber nicht identisch mit der Auffassung der Mehrheit des deutschen Volkes. Das wissen auch die Westmächte. Die anderen Regierungen in Europa haben denn auch die Verträge von Anfang an nüchtern beurteilt und haben sich alle Wege offen gelassen. Selbst in den USA, deren State Department für den Dienstgebrauch die Sprachregelung "no alternative" (zur EVG) ausgab, erwähnten erst der Außenminister selbst und kürzlich der

neue Stabschef der Armee, General Ridgway, die Möglichkeit einer direkten deutschen Beteiligung am Atlantik-Pakt. Vom deutschen Standpunkt aus wären zwar erst die Modalitäten einer solchen Mitgliedschaft sehr genau zu klären, bevor ein Ja oder Nein möglich ist, aber immerhin weist Ridgways Erklärung in eine klare Richtung. Sie ist besser als die von Pleven, Adenauer und McCloy begründete kleineuropäische Besatzungslösung, die keine Chance für eine dauerhafte und krisenfesteste Einigung Deutschlands und Europas läßt.

Der Bundeskanzler aber will nun einmal keine Alternativlösungen sehen. Es wird darum die Aufgabe der SPD bleiben, die für diese Lösung notwendige deutsche Politik voranzutreiben. Das Beharren der Koalition auf den westdeutsch-alliierten Verträgen und ihr Ignorieren der Bundestagsforderung nach aktiven Bemühungen um eine Vierer-Konferenz hat die Notwendigkeit dieser sozialdemokratischen Aufgabe nur unterstrichen.

Wie wenig das Gerede von dem Fehlen echter Alternativlösungen zur EVG begründet ist, hat auch Churchill deutlich gemacht, als er den auch schon von SPD-Seite ausgesprochenen Vorschlag eines umfassenden Garantiesystems begründete. Und was sonst als das Wissen um andere Möglichkeiten als die EVG-Lösung liegt jenem Beschluß des außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung zu Grunde, nach dem die EVG-Beratung in Frankreich bis zum Abschluß einer Vierer-Konferenz vertagt wurde?

Wenn auch in diesen Tagen führende Abgeordnete der Koalition zum ersten Mal die Feinlichkeit der Tatsache empfinden, daß gerade die Regierung in Bonn jede andere Lösung als die EVG ablehnt, so ist diese Empfindung leider noch kein politisch ins Gewicht fallender Faktor. Solange der Bundeskanzler und die Bonner Koalition nicht eindeutig von dem Standpunkt aus handeln, daß die Schaffung eines geeinten und in seinem demokratischen Bestand nach innen und außen gesicherten Gesamtdeutschlands jeder nur auf die Bundesrepublik begrenzten Lösung vorgeht, kann die gegnerische Bundesregierung keinen Beitrag zu den Bemühungen um eine Entspannung der weltpolitischen Situation liefern.

+ + +

McCarthy und die internationale Politik

O.L.-New York, Ende Mai

Niemand kann bestreiten, daß Senator Joseph McCarthy es ausgezeichnet versteht, nicht nur die Aufmerksamkeit der Amerikaner, sondern auch der übrigen Welt immer wieder auf sich zu lenken. Noch ist sein "Konflikt" mit dem Führer der Labour Party, Attlee, kaum beendet, dem gegenüber McCarthy sich als Sprecher Amerikas und Verteidiger des Präsidenten Eisenhower aufspielen konnte - aufgrund eines völlig entstellten Textes der Unterhausrede Attlees! - Nun tritt wieder McCarthys Kampf mit den Rednern in den Vordergrund. Ihre angeblichen Transporte in Häfen des kommunistischen China haben McCarthy den Vorwand geliefert, seine Tätigkeit nicht bloß auf das Gebiet der internationalen Politik zu verlegen, sondern sich in die Angelegenheiten und Aufgaben der offiziellen Vertretungen der USA im Ausland einzumischen und eine Nebenregierung gegenüber dem amerikanischen State Department zu errichten.

Es handelt sich um die Durchführung der von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht erst seit dem Amtsantritt der Republikaner, sondern unter dem Staatssekretär Acheson begonnenen Wirtschaftsblockade Chinas und aller anderen unter sowjetrussischer Kontrolle stehenden Länder. Obwohl Acheson und in Fortsetzung seiner Politik Dulles insbesondere von den Ländern, die von Amerika Wirtschafts- oder militärische Hilfe erhielten, immer wieder eine striktere Durchführung des Wirtschaftsboykottes forderten, hat es McCarthy mit seinem Spürsinn verstanden, sich in diese Angelegenheiten einzumischen und sowohl den früheren wie den gegenwärtigen Außenminister zu beschuldigen, daß sie nicht genügend getan hätten, um den Wirtschaftsboykott durchzusetzen. Gleichzeitig begann er über sein Senatskomitee Verhandlungen mit Rednern im Ausland, vor allem mit griechischen Schiffseigentümern zu führen und sie zu veranlassen, mit ihm "Vereinbarungen" abzuschließen, in denen sie sich verpflichteten, keine Schiffe mehr in kommunistische Häfen zu beordern. Es ist eine verfassungsmäßige Ungehöuerlichkeit, daß ein Organ der Gesetzgebung - wie es ein Senatsausschuß ist - internationale Verhandlungen führt, die nur dem Präsidenten und in seinem Auftrag dem Außenministerium zustehen.

Aber dieser Zwischenfall ist in mehr als einer Beziehung für die Methoden des Senators wie auch für die Gefahren kennzeichnend, die er im amerikanischen politischen Leben erzeugt. McCarthy hat sich in eine bereits in Durchführung begriffene Aktion eingemischt. Er hatte weder

die ursprüngliche Initiative bei dieser Maßnahme gegen das kommunistische China noch auch die Anregung für diese Aktion gegeben. In Wahrheit war die Wirtschaftsblockade unter dem von McCarthy so leidenschaftlich bekämpften und verdächtigten Acheson begonnen worden. Aber McCarthy stürzt sich auf eine Aktion, die bereits in Durchführung ist, beginnt mit einigen unbegründeten Beschuldigungen und versucht bei der amerikanischen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß er allein der geeignete Vorkämpfer gegen den heimischen "Kommunismus" und gegen die Gegner Amerikas im Kalten Kriege sei.

Nicht anders war es auch mit seinen Untersuchungen gegen die angeblichen Umtriebe oder Verschwörungen der Kommunisten in der Bundesverwaltung. Truman hat die Untersuchungen gegen Kommunisten begonnen und die Überprüfung der Loyalität aller Bundesangestellten angeordnet. Was immer man über die Zweckmäßigkeit solcher Untersuchungen denken mag es steht fest, daß nicht McCarthy, sondern die von ihm der "Kommunistenfreundlichkeit" verdächtige Truman-Regierung mit der Säuberung begonnen hat. Aber McCarthys geschickter Demagogie ist es gelungen, bei vielen Amerikanern den Eindruck hervorzurufen, als hätte es erst seiner Initiative bedurft, damit etwas gegen die Kommunisten in Amerika geschehe.

Aber an McCarthys gegenwärtigem Disput mit den internationalen Reaktionen ist noch etwas für die gegenwärtige Lage in den Vereinigten Staaten kennzeichnend. Was er nun unternimmt, bedeutet eine unzweifelhafte Beeinträchtigung der Rechte des Präsidenten. Wenn Eisenhower wollte, könnte er McCarthys Ausflüge in das Gebiet der internationalen Politik rasch abstellen. Daß der Präsident offenbar wegen des lieben Friedens mit gewissen Republikanern dies nicht getan, ja sogar einen Angriff des Chefs des Amtes für gegenseitige Sicherheit Stassen auf McCarthys Aktionen in der internationalen Schifffahrt sichtlich abschwächte, ist für die gegenwärtige politische Lage und die sich rasch ausbreitende Angst vor McCarthys Methoden sehr kennzeichnend. Wenn der Präsident nichts gegen McCarthy unternimmt, noch dazu wenn ~~er~~ sich in Angelegenheiten der Exekutive einmischt, dann ist das für viele ein sehr deutliches Zeichen, daß auch sie gegenüber McCarthys Wünschen nachgiebig sein müssen. Und die Angst vor ihm ist im Zunehmen begriffen.

So ist McCarthys Exkursion in die internationale Diplomatie gerade zu ein Musterbeispiel für die Methoden und Technik des "McCarthyismus". Sie sind ein Gemisch aus demagogischem Spürsinn, Rücksichtslosigkeit und - Einschüchterung der anderen. Aber nach den anfänglichen "Erfolgen" McCarthys in der internationalen Diplomatie darf man erwarten, daß er das Schwergewicht seiner Aktion immer mehr auf die internationale Diplomatie verlegen und insbesondere in den Fragen des Fernen Ostens eine immer größere Rolle zu spielen versuchen wird.

Lebensnerv der Länder getroffen

-ler. In dem nimmermüden Streit zwischen den Ländern und dem Bundesfinanzministerium über den Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer hat der Bundesfinanzminister Dr. Schäffer zum dritten Mal zu einer fast schon erpresserischen Methode gegriffen. Mit einem einzigen Federstrich wurden die freiwilligen Zuschüsse des Bundes an die Länder in der Höhe von etwa 450 Millionen Mark gestrichen, eine Maßnahme, die den Lebensnerv der Länder schwer anschlägt. Betroffen werden u.a. der soziale Wohnungsbau, der Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge, das Sanierungsprogramm für Notstandsgebiete und die Zuschüsse für Aufnahme und vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge, Leistungen also, die aus eigener Kraft die Länder - man denke nur an Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein - aufzubringen nicht imstande sind und die, so sollte man meinen, zu den selbstverständlichen Pflichten des Bundes gehören. Auf den Rücken der sozial schwächsten und hilfebedürftigsten Schichten unseres Volkes wird die Auseinandersetzung des Bundesfinanzministers mit den Ländern ausgetragen, ein allzu billiger Ausweg, den Schäffer immer denn wählt, wenn ihm nichts anderes mehr einfällt.

Die Einstellung der Zuschüsse ist der bisher schwerste Schlag, den das Bundesfinanzministerium gegen die Länder geführt hat. Es macht aus dem vielberufenen Föderalismus einen Scherbenhaufen. Wie sollen die Länder ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen, wenn ihnen die Blutzufuhr entzogen und ihnen damit die Möglichkeit genommen wird, der sozialen Not zu steuern? Der Bundesfinanzminister begründet die Einstellung der Zuschüsse mit der Notwendigkeit, den Bundeshaushalt auszugleichen und die Währung sicherzustellen. Sicherlich, das Ziel ist lobenswert, aber die Mittel, es zu erreichen, sind absolut unangebracht. Der gleiche um die Währung so besorgte Finanzminister wandte sich im Bundestag mit beharrlichem Eifer gegen die bundeseinheitliche Finanzverwaltung, die für den deutschen Steuerzahler eine Ersparnis von 1000 Millionen bedeuten würde - sie werden nutzlos vertan und der Bund hat das Nachsehen. Der gleiche Finanzminister verkündet dem deutschen Volk, daß der militärische Verteidigungsbeitrag aus dem jetzigen Steueraufkommen ohne Gefährdung anderer Ausgaben bestritten werden könne, aber gleichzeitig verweigert er unter Hinweis auf die angeblich erschöpften Mittel jede Erhöhung von Renten an die Kriegsveteranen - mit den Stimmen

seiner Partei wurde erst vor wenigen Tagen das Entschädigungsgesetz für die Kriegsgefangenen abgelehnt. Großzügig zeigte sich Dr. Schäffer in Steuergeschenken an die bemittelten Schichten, aber für das unübersehbare Heer der Rentner, der wahrhaft Bedürftigen, verschließt er sein Ohr und nun kommt zu alledem der Würgegriff an den Ländern.

Es bedarf keiner Phantasie, die zwangsläufigen Folgen auszumalen, die für die innere Stabilität unseres ohnehin nicht gefestigten sozialen Gefüges durch die Drosselung der Geldzuschüsse an die Länder entstehen müssen. Das erste Opfer, das auf der Strecke bleibt, wird der Wille zur Verteidigung der Freiheit sein. Ein Blick auf Frankreich zeigt zur Genüge, wohin es führt, wenn der Staat sich den sozialen Notwendigkeiten unserer Zeit verschließt und die Rettung aus seinen finanziellen Nöten auf Kosten der sozial Schwachen sucht. Und noch eine andere schwerwiegende Frage taucht auf: Wie wird diese Bundesregierung und die sie tragende Koalition mit den widerspenstigen Ländern umspringen, wenn sie erst einmal über militärische Macht verfügt? Die Art, wie der Bundesfinanzminister kraft seiner Stellung die Länder durch finanzielle Drohungen auf die Knie zwingen will, gibt einen Vorgegeschmack davon.

+ + +

Empörung auf dem Höhepunkt

o - Halle

Der Entzug der Lebensmittelkarten ist hier besonders rigoros durchgeführt worden. Alle Gewerbetreibenden, Geschäftsleute und Handwerker, die entweder über fünf Arbeitskräfte beschäftigen, oder nebenbei einen kleinen Verkaufsladen haben, erhielten keine Lebensmittelkarten mehr. Auch den Ärzten sind die Lebensmittelkarten in Halle entzogen worden. Selbst wenn ein Arzt außer seiner Privatpraxis noch bei der Poliklinik beschäftigt ist, erhält er, allein aufgrund der Tatsache, daß er noch eine Privatpraxis hat, keine Lebensmittelkarten mehr. Kinder bis zu 15 Jahren der oben betroffenen Kreise erhalten die Lebensmittelkarten weiter. Kinder über 15 Jahre nur dann, wenn sie die Oberschule besuchen.

Wie scharf in Halle vorgegangen wurde, zeigt sich darin, daß z.B. einem Ehepaar die Lebensmittelkarten entzogen wurden, weil die Frau einen kleinen Gemüseladen (Monatseinkommen 100-200 M) hatte. Obwohl der Mann als Arbeitnehmer in einem VB-Betrieb beschäftigt ist, wurde auch ihm die Lebensmittelkarte mit dem Argument vorenthalten, daß er Mitbesitzer des Gemüseladens sei.

Die Stimmung der Bevölkerung hat durch diese neue Aktion einen Siedepunkt erreicht. Selbst SED-Mitglieder, die sonst zu allen Maßnahmen von Staat und Partei Ja und Amen sagten, kritisieren jetzt ganz offen aufs Schärfste diese neue Maßnahme. Die Beunruhigung ist so stark, daß weite Bevölkerungskreise mit spontanen Aktionen gegen das SED-Regime rechnen.

+ + +

- 7 -

Das Ostbüro der SED teilt mit:

Nachrichten aus der Sowjetzone

Anfang April ist - wie erst jetzt bekannt wird - das Dorf Rötgen (5 km nordwestlich Eilenburg) von der Volkspolizei umstellt worden. Einsatzkommandos durchkämmten den Ort und verhafteten sämtliche Bauern, die später von der Polizei mit unbekanntem Ziel abtransportiert wurden. Diese Meldung, die sich schnell in der Umgebung verbreitete, verstärkte die Unsicherheit der Bauern und löste eine neue Fluchtwelle aus dem Leipziger Gebiet aus.

X

Die Abteilung Justizverwaltung beim Rat des Bezirks ordnete an, daß bei allen politischen und wirtschaftlichen Prozessen vor den Senaten des Bezirksgerichts die Öffentlichkeit und selbst die Angehörigen der Angeklagten grundsätzlich auszuschließen seien. Ausnahmen können nur auf Anweisung höchster Instanzen dann gemacht werden, wenn ein solcher Prozeß propagandistisch ausgenutzt werden soll. (Leipzig)

X

Sämtliche Zusatzversicherungen, die bisher von Handwerkern, privaten Geschäftsleuten, Freiberuflern und dergleichen mit der "Sozialversicherungskasse" abgeschlossen und in Kraft waren, wurden vor einiger Zeit nach einer Mitteilung aus Ost-Berlin von der SVK als aufgelöst erklärt. Die bereits eingezahlten Beträge werden nicht vergütet, wodurch sich der Staat um viele Millionen bereichert. Den Betroffenen wurde anheim gestellt, sich bei der Versicherungsanstalt neu zu versichern. Die Beitragssätze der VA betragen etwa 300% der alten Sätze bei der SVK.

X

Der ehemalige Wehrmachtsflugplatz Rechlin wurde wieder instandgesetzt und hat den Flugbetrieb aufgenommen. Auch der Flugplatz Schwerin-Holthusen bei Stern-Buchholz wird zur Zeit ausgebaut, um sowjetische Luftwaffeneinheiten aufzunehmen. Durch diese Bauten verloren und verlierten zahlreiche Bauern wertvolles Acker- und Weideland.

X

Zur Durchführung des von der Regierung befohlenen "Sparsamkeitsregimes" gehen zahlreiche VE-Betriebe zur Aussperrung großer Teile der Belegschaft über. Den Betroffenen werden Kündigungsschreiben ausgehändigt, in denen als Begründung angegeben wird, für die hohen Lohngruppen sei zur Zeit keine Arbeit vorhanden. Eine Weiterbeschäftigung sei nur dann möglich, wenn sich der Gehändigte bereit erklärt, in einer wesentlich niedrigeren Lohnstufe zu arbeiten. (Berlin)

X

Um dem Ärztemangel abzuwehren, begann im Bezirk Neubrandenburg nach sowjetischem Vorbild ein zehnmönatiger Kursus. Teilnahmeberechtigt sind staatlich geprüfte Krankenpfleger oder alle diejenigen, die eine zweijährige Tätigkeit in der Krankenpflege nachweisen können. Der Einsatz dieser Arzthelfer soll nach der zehnmönatigen Ausbildung vor allem in Landgemeinden erfolgen. Die Helfer sollen alle leichteren Fälle behandeln und "Operationen bis zur Amputation eines Gliedes" durchführen dürfen. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat unter der bäuerlichen Bevölkerung schlimmste Befürchtungen ausgelöst.

X

Verantwortlich: Peter Raunau